

War der Tankrabbatt ein Flop?

Edmund Budrich

Regierungshandeln steht immer unter kritischer Beobachtung. Jedenfalls in der Demokratie. Und besonders in Krisenzeiten. Betroffene, die Medien, die Parteien – ob in Opposition oder selbst in der Regierung – loben, tadeln, ergänzen. Oft bei der Bekanntgabe der Maßnahmen, besonders oft, wenn die Wirkung zu sehen oder auch nicht zu sehen ist.

So auch beim sogenannten Tankrabbatt, der zu den Maßnahmen der Ampel-Koalitionsregierung gehört, mit denen im Frühjahr 2022 die bedrohlichen Wirkungen der steigenden Energiekosten gemildert werden sollten.

Die politischen Positionen, oft auch der politische Prozess erschließen sich aus der Feststellung, wer was sagt bzw. tut.

Der Start

Das Bundesfinanzministerium resümiert im Juli 2022:

Um die finanziellen Auswirkungen der gestiegenen Energiekosten für die Menschen und die Wirtschaft abzumildern, hat die Bundesregierung mit zwei Entlastungspaketen rasch umfangreiche Maßnahmen zur Entlastung und sozialen Unterstützung auf den Weg gebracht. Ein weiteres, umfassendes Maßnahmenpaket soll Unternehmen unterstützen, die von den Sanktionen oder dem Kriegsgeschehen betroffen sind.

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Entlastungen/schnelle-spuerbare-entlastungen.html>



Edmund Budrich
Mitherausgeber und Redakteur von GWP

Das erste Entlastungspaket (beschlossen vom Koalitionsausschuss am 23. Februar 2022 und im Steuerentlastungsgesetz im Mai 2022 von Bundestag und Bundesrat verabschiedet) verfügte u.a. den Wegfall der EEG-Umlage, einen einmaligen Heizkostenzuschuss, die Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrages und des Grundfreibetrages, die Steigerung der Entfernungspauschale für Fernpendler.

Das zweite Entlastungspaket (als Maßnahmenpaket zum Umgang mit den hohen Energiekosten ebenfalls im Mai 2022 von Bundestag verabschiedet) besagte u.a.: „Die Energiesteuer auf Kraftstoffe wird für drei Monate vom 1. Juni 2022 bis zum 31. August 2022 gesenkt. Für Benzin reduziert sich der Energiesteuersatz um 29,55 ct/Liter, für Dieselkraftstoff um 14,04 ct/Liter. Diese Maßnahme kostete einiges über 3 Mrd. €.

Allerdings hat der Tankrabatt eine kleine Vorgeschichte, die auf Probleme innerhalb der Ampel-Koalition hinweist:

Die BILD-Zeitung am 14.3.2022:

Finanzminister Lindner greift durch Jetzt kommt der große Tank-Rabatt!

Er will die Rekordjagd beim Spritpreis stoppen: Finanzminister Christian Lindner (43, FDP) will Tanken endlich wieder günstiger machen!

Und BILD wieder am 21.3.:

Kommt der Tankrabatt oder kommt er nicht? SPD und Grüne lehnen den von Finanzminister Lindner (43, FDP) vorgeschlagenen Tank-Rabatt als unsozial kategorisch ab!

Von wegen schnelle Hilfe: SPD, Grüne und FDP zoffen sich, wie sie u. a. Autofahrer wegen des Teuer-Schocks entlasten wollen!

Zweimal schon vertagten sich die Koalitionsspitzen („9er Runde“) vergangene Woche ergebnislos. Am Montagabend soll das dritte Treffen stattfinden, erfuhr BILD. Die Fronten: total verhärtet!

Der Einigung im Koalitionsausschuss vom 23. März 2022 (lt. Finanzministerium) war also „Zoff“ vorausgegangen. Als „unsozial“ hätten SPD und Grüne den von ihrem eigenen Finanzminister vorgeschlagenen Tankrabatt abgelehnt.

Kritikpunkt „unsozial“

Der Rabatt-Plan stieß noch am Montag auf scharfe Kritik der Klimabewegung

„Reiche Menschen mit dicken Autos, die viel Sprit verbrauchen, würden davon besonders profitieren“, erklärte Averbeck (Christiane Averbeck vom zivilgesellschaftlichen Bündnis Klima-Allianz). „Arme Menschen haben gar kein Auto.“ Stattdessen müsse die Bundesregierung gezielt diejenigen entlasten, die durch die aktuellen Energiepreise in Nöte kommen. Das gehe zum Beispiel mit einem Energiegeld und einer Erhöhung existenzsichernder Sozialleistungen.

<https://www.klimareporter.de/verkehr/tankrabatt-klimaschaedlich-und-unsozial>

So auch die Kritik im Focus:

Zweitens entlastet ein Rabatt für alle Autofahrer vor allem Gutverdiener, weil viele Niedrigverdiener gar kein Auto besitzen. Nach Angaben des Umweltbundesamts aus dem Jahr 2018 haben 37 Prozent der Haushalte mit „niedrigem“ und 53 Prozent der Haushalte mit „sehr niedrigem“ Einkommen kein Auto, während 40 Prozent der Haushalte mit „hohem“ oder „sehr hohem“ Einkommen sogar zwei Fahrzeuge besitzen.

https://www.focus.de/finanzen/news/wie-sinnvoll-ist-linders-tankrabatt-das-ist-zum-fenster-rausgeschmissenes-geld_id_68659181.html

Kritikpunkt klimaschädlich

Wieder im Focus

Und drittens setzt ein Tankrabatt womöglich die falschen Anreize, weil er den Verbrauch von Diesel und Benzin anschiebt. Das ist nicht nur schlecht fürs Klima, es füllt auch die Kassen der russischen Regierung, die in der Ukraine gerade einen brutalen Angriffskrieg führt.

ifo-Präsident Clemens Fuest

„(...) Darüber hinaus setzt (der Tankrabatt. EB) die falschen Anreize: Er hält nicht dazu an, weniger Benzin und Diesel zu verbrauchen. Aus ökologischen Gründen und um die Abhängigkeit von Russland zu vermindern, wäre aber das genaue Gegenteil notwendig.“

<https://www.ifo.de/pressemitteilung/2022-06-14/oelkonzerne-geben-tankrabatt-zu-85-bis-100-prozent-weiter>

Kritikpunkt unwirksam, weil nicht durchsetzbar?

Dieser Kritikpunkt wirft die grundsätzliche Frage nach den Wirkmöglichkeiten der Politik überhaupt auf. Nachdem der Tankrabatt am 1.6. in Kraft getreten war, stellte sich zur allgemeinen Überraschung und Empörung heraus, dass die Preise an der Tankstelle kaum oder gar nicht gesunken waren.

Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Interview

Der Tankrabatt ist gescheitert, und er musste scheitern. Das haben viele Expertinnen und Experten vorhergesagt. Eine solche Steuersenkung funktioniert nur dann, wenn es wirklich Wettbewerb gibt. Und wir sehen, der Markt für Benzin und für Diesel wird von einigen wenigen Mineralölkonzernen und Raffinerien kontrolliert und dominiert. Und wenn man sehr viel Marktmacht hat, dann behalten diese Konzerne diese Steuersenkung für sich und geben sie nicht an die Konsumentinnen und Konsumenten weiter. Ich hätte die Hoffnung, dass die Politik sich ehrlich macht und sagt, es war ein Fehler, gehen wir ein – und wir stoppen das jetzt.

<https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2022/06/tankrabatt-inflation-interview-diw-marcel-fratzscher.html>

Machtlos gegen die Konzerne?

Am 16. März, der Krieg Russlands gegen die Ukraine, ist im vollen Gang, verkündet Wirtschafts- und Klimaschutzminister Habeck (Die Grünen) eine neue Initiative
Bericht von *ntr*:

Während der Ölpreis in der dritten Kriegswoche sinkt, bleiben die Spritpreise hoch. Das weckt das Misstrauen der Bundesregierung. Wirtschaftsminister Habeck bittet das Kartellamt um eine Prüfung, ob Tankstellen-Ketten mit verbotenen Preisabsprachen Autofahrer abkassieren.

<https://www.n-tv.de/wirtschaft/Habeck-laesst-Kartellamt-Spritpreise-pruefen-article23200920.html>

Und das *Bundeskartellamt* überlegt (Pressemitteilung vom 31.5.):

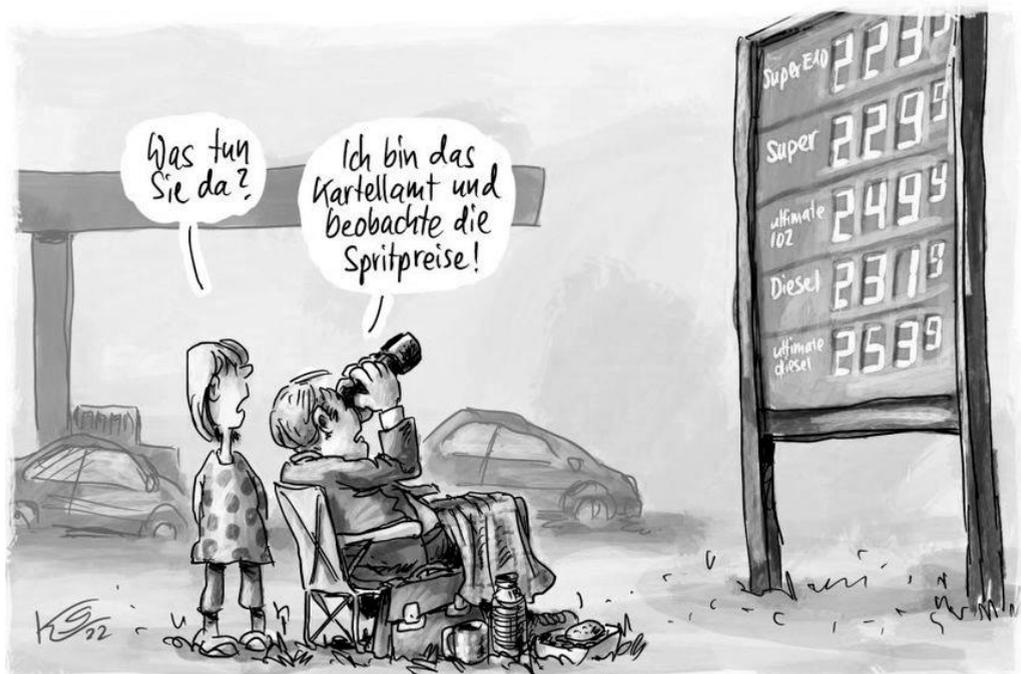
Andreas Mundt, Präsident des Bundeskartellamtes: „Wir sehen seit Monaten eine Entkopplung von Rohölpreis und Raffinerie- bzw. Tankstellenpreisen. Wir beobachten die Preisentwicklung deshalb mit

sehr hoher Aufmerksamkeit. Unser Monitoring haben wir vor dem 1. Juni mit Blick auf die anstehenden Steuersenkungen noch einmal intensiviert. Zudem haben wir eine Untersuchung der Raffinerien und der Großhandelsebene eingeleitet, um maximale Transparenz für den gesamten Kraftstoffmarkt herzustellen.

Auch wenn es keine rechtliche Verpflichtung gibt, die Steuersenkung eins zu eins weiterzugeben, handeln die Mineralölkonzerne hier unter dem „Brennglas“ des Bundeskartellamtes. Als Wettbewerbsbehörde können wir hohe, auch sehr hohe Preise nicht einfach verbieten. Kartellrechtswidriges Verhalten können wir abstellen und mit hohen Bußgeldern ahnden. Dafür gibt es aber bislang keine Hinweise. Hohe Preise können viele Gründe haben und auch im Wettbewerb entstehen. Im Kraftstoffmarkt funktioniert der Wettbewerb allerdings nur eingeschränkt. Deshalb beobachten wir die Branche auch so genau.“

https://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Meldung/DE/Pressemitteilungen/2022/31_05_2022_Benzinpreise.html

Der Karikaturist Klaus Stuttmann sieht das so:



© Klaus Stuttmann

Der (grüne) Wirtschaftsminister muss es richten!

Politiker aus Koalition (FDP) und Opposition hauen förmlich auf den Tisch und fordern den Bundesminister für Wirtschaft und Umweltschutz zum Handeln auf. Warum eigentlich nicht der FDP-Finanzminister, der ja den Tankrabatt eingebracht hatte? Zweifeln die Kritiker:innen am möglichen Erfolg der Interventionen?

Die *Tagesschau* berichtet am 11. Juni

Der Tankrabatt droht wegen der weiterhin hohen Spritpreise ohne Wirkung zu bleiben. Nun fordern Spitzenpolitiker von FDP und CDU Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck auf, gegen die Ölkonzerne vorzugehen. „Minister Habeck muss jetzt Druck machen und gemeinsam mit dem Bundeskar-

tellamt dafür sorgen, dass die Entlastung greift“, sagte der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Dürr der "Bild"-Zeitung. Es müsse vermieden werden, dass die Mineralölwirtschaft den Tankrabatt nicht vollständig an die Kunden weitergebe.

Der stellvertretende Unionsfraktionschef Jens Spahn forderte Habeck zum Handeln auf: „Der milliardenschwere Tankrabatt versickert, und die Ampel schaut zu. Die Ölmultis zum Rapport bestellen ist das Mindeste, was Wirtschaftsminister Habeck tun kann.“ Ähnlich äußerte sich Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Sven Schulze (CDU): „Jetzt muss Robert Habeck die Ölmultis zum Rapport einbestellen. Das Abzocken der Bürger an den Tankstellen darf so keine Woche weitergehen.“

Der niedersächsische Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) sagte der „Bild“, bisher sei der Tankrabatt ein Flop. "Warum holt Minister Habeck die Ölkonzerne nicht einfach mal an einen Tisch? Die Ampel sollte jetzt nichts unversucht lassen, damit die angekündigte Entlastung doch noch bei den Verbrauchern ankommt."

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/spritpreis-tankrabatt-kritik-101.html>

Der Wirtschaftsminister folgt den Appellen. Er plant, dem Bundeskartellamt mehr Rechte zur Prüfung des Konzernverhaltens einzuräumen, droht den Konzernen mit einer möglichen Änderung des Kartellrechts zur Abschöpfung der *Übergewinne* und schließlich auch mit einer *Zerschlagung* der Konzerne.

DIE ZEIT (12.6.) dokumentiert:

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) will als Reaktion auf die Kontroverse um den verpuffenden Tankrabatt offenbar das Kartellrecht verschärfen. Damit solle der Staat auch ohne einen konkreten Nachweis von Marktmissbrauch hohe Gewinne abschöpfen und notfalls Konzerne zerschlagen können, berichtete das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* unter Berufung auf ein ihm vorliegendes Positionspapier aus dem Wirtschaftsministerium.

„Die ersten Datensätze des Bundeskartellamts zum Tankrabatt zeigen, dass die Abstände zwischen Rohöl- und Tankstellenpreisen seit Monatsbeginn stark gestiegen sind“, sagte Habeck dem Spiegel. „Es ist offenkundig das eingetreten, wovor viele Experten gewarnt hatten: Die Mineralölkonzerne streichen den Profit ein, die Verbraucherinnen und Verbraucher merken nichts von der Steuersenkung.“

Im Positionspapier des Wirtschaftsministeriums heißt es: „Es gibt ein Parallelverhalten bei den Preisen im Markt.“ Das bedeute, die Unternehmen kennen die Preise ihrer Wettbewerber an den Tankstellen, weil der Markt sehr transparent sei. „Das heißt, auch ohne eine kartellrechtswidrige Absprache werden die Preise sehr schnell einander angeglichen; ein Missbrauch des Wettbewerbsrechts ist schwer nachweisbar.“

Mit der Änderung des Kartellrechts solle zunächst eine Möglichkeit geschaffen werden, unter anderem den Mineralöl- und Tankstellenmarkt zu entflechten, den bislang wenige große Konzerne kontrollieren. In einem weiteren Schritt solle das Bundeskartellamt schneller sogenannte Übergewinne abschöpfen können. (...)

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-06/tankrabatt-robert-habeck-gewinn-mineraloelkonzerne>

Was sind Übergewinne?

zdf

Man kann sie einfach als Krisengewinne definieren. Aktuell verdienen an der kriegsbedingten Energieknappheit die Mineralölkonzerne besonders gut. Eine zeitlich befristete Sondersteuer könnte diese Gewinne, die sie sonst nicht erzielen würden, abschöpfen und damit die Bürger entlasten. Das wurde schon mehrfach diskutiert, zuletzt in der Hochphase der Corona-Pandemie.

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/konzerne-uebergewinnsteuer-ukraine-krieg-russland-100.html>

Kann man sie tatsächlich besteuern?

(Die *Augsburger Allgemeine* fasst zusammen):

(...) Da sind sich Politiker und Experten uneinig. Ifo-Chef Clemens Fuest (*ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.*) warnte etwa davor: „Die Gewinne werden

ja besteuert. Je nach Wirtschaftslage Sondersteuern für einzelne Branchen einzuführen, öffnet der Willkür und dem Populismus Tür und Tor“, sagte er der *Rheinischen Post*. Jens Südekum, Wirtschaftsprofessor an der Universität Düsseldorf, hält eine neue Steuer für unumgänglich. Er erwartet weiter steigende Preise und damit notwendigerweise auch weitere Entlastungspakete. „Wer da eine Übergewinnsteuer kategorisch ablehnt, muss wenigstens einen anderen Vorschlag machen, wie er das finanzieren will“, sagte er dem *Spiegel*. Südekum schlug vor, eine neue Steuer mit den Entlastungspaketen zu verknüpfen. Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) dämpft die Erwartungen wiederum: „An die großen Umsätze und Gewinne der Erdölförderer kommt man nicht heran, weil diese im Ausland anfallen.“

<https://www.augsburger-allgemeine.de/wirtschaft/uebergewinn-steuer-was-ist-eine-steuer-auf-uebergewinne-und-was-bringt-sie-id62933796.html>

Finanzminister Lindner findet Steuererhöhungen gegen die Konzerne nicht richtig.

„Steuererhöhungen können zu Knappheiten an der Zapfsäule führen, wodurch die Preise erst recht steigen“, sagte Bundesfinanzminister Christian Lindner zur Übergewinnsteuer. Man könne nicht wissen, ob es Übergewinne gäbe. Die Energiesteuer auf Kraftstoffe sei bereits reduziert worden. Zudem kündigte er gezielte weitere Entlastungen für die ganze Breite der Gesellschaft an.

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Video/2022/2022-06-07-statement-uebergewinnsteuer/2022-06-07-statement-uebergewinnsteuer.html>

Die Konzerne stimmen ihm zu.

Die Mineralölwirtschaft lehnt die Kartellrechtspläne des Wirtschaftsministers ab. „Überlegungen, Unternehmen in Zukunft ohne Nachweis von Verstößen zu sanktionieren oder gar zerschlagen zu wollen, halten wir für sehr problematisch und sind aus Sicht betroffener Unternehmen nicht nachvollziehbar“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Wirtschaftsverbandes Fuels und Energie, Adrian Willig. „Die Verärgerung über gestiegene Kraftstoffpreise können wir sehr gut verstehen“, sagte Willig weiter. Er betonte: „Die Energiesteuersenkung wird weitergegeben.“ Unabhängig von der zum 1. Juni gesenkten Energiesteuer auf Benzin und Diesel seien in den vergangenen Wochen die Preise für Kraftstoffe allerdings weltweit gestiegen. Das mache sich auch an den Tankstellen in Deutschland bemerkbar.

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/habeck-tankrabatt-kartellrecht-103.html>

Allerdings ist das Thema des Verhaltens der Konzerne und der weitgehenden Machtlosigkeit der Politik dagegen nicht neu. Hier ein Blick zehn Jahre zurück auf das Jahr 2011, als die Zeitschrift „*Auto – Motor – Sport*“ berichtete:

Die Mineralölwirtschaft hat das Bundeskartellamt heftig angegriffen, nachdem am Wochenende erste Ergebnisse einer Sektoruntersuchung des deutschen Benzinmarktes öffentlich wurden. „Das Kartellamt hat drei Jahre geprüft, Millionen von Daten ausgewertet, jeden Stein dreimal umgedreht“, sagte Klaus Picard, der Hauptgeschäftsführer des Mineralölwirtschaftsverbandes (MWV), am Montag (23.5.2011) in Berlin. „Es hatte den festen Vorsatz, Preisabsprachen nachzuweisen. Das konnte nicht gelingen, weil es keine gibt.“ Nun fehle dem Amt der Mut und die Größe, einfach zu sagen: Sorry, wir haben uns geirrt.

<https://www.auto-motor-und-sport.de/verkehr/kartellamt-prueft-benzinpreise-mineraloelwirtschaft-schlaegt-zurueck/>

Und kann man ein Kartell zerschlagen?

Im Interview mit der taz sagt *Professor Rupprecht Podszun*, des Lehrstuhlinhaber für Bürgerliches Recht, deutsches und europäisches Wettbewerbsrecht an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Momentan sind die Hürden für eine Zerschlagung sehr hoch. Das Bundeskartellamt müsste nachweisen, dass es dauernd zu Marktmissbrauch kommt und dass dieser nur durch eine Zerschlagung ab-

gestellt werden kann. Das ist eine doppelt hohe Hürde: Man muss erstens einen Missbrauch von Marktmacht nachweisen. Das ist schon schwierig in der kartellrechtlichen Praxis. Und zweitens müsste man dann noch nachweisen, dass es keine andere Möglichkeit gibt, diese Missbräuche abzustellen, als ein Unternehmen zu zerschlagen. Dass also etwa Auflagen nicht ausreichen würden. Das ist in der Praxis nicht zu leisten. Dazu kommt noch ein zweiter Punkt: Die Anforderungen daran, was genau Marktmissbrauch ist, wurden in den vergangenen Jahren immer weiter verschärft (...)

<https://taz.de/Experte-ueber-das-Kartellrecht/!5862198/>

Mit den vom Wirtschaftsminister angesprochenen Maßnahmen ist es demnach nicht so einfach. Die Übergewinnbesteuerung lehnt Habecks Koalitionskollege, Finanzminister Lindner, ab. Habeck: „Ich weiß nicht, ob sich da noch was bewegt.“ Und seine Drohung mit dem Kartellrecht sieht er selber als nicht direkt ausführbar. „Das greift zwar jetzt nicht mehr für den Tankrabatt, aber es schärft die Schwerter für die Zukunft und sendet das klare Signal, dass Bereicherung auf Kosten anderer nicht so einfach geht“, sagte der Minister bei *Welt.de*

Aber der Rabatt wirkt doch – oder doch nicht?

Eine neue Diskussion ergab sich durch Aussagen verschiedener Institute, wonach die Ölmultis unschuldig seien, weil sie den Tankrabatt entgegen den öffentlichen Anschuldigungen „im wesentlichen“ weitergegeben hätten.

Das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung teilte am 14.6. mit:

Der Tankrabatt für Diesel und Benzin ist im Wesentlichen an die Kund*innen weitergegeben worden. Das ergeben Berechnungen des ifo Instituts. „Beim Diesel haben die Tankstellen ihn zu 100 Prozent weitergegeben, also 17 Cent Steuersenkung je Liter. Beim Super Benzin waren es 29 bis 30 Cent von den 35 Cent Steuersenkung, also 85 Prozent“, sagt Florian Neumeier vom ifo Institut, der die Berechnungen zusammen mit Daniel Stöhlker und ifo Präsident Clemens Fuest erstellt hat. Betrachtet wurden die Preise in Deutschland im Vergleich zur Entwicklung in Frankreich vor und nach dem 1. Juni. Dabei nahmen die Wissenschaftler an, dass die Benzinpreise in Deutschland ohne Einführung des Tankrabatts nach dem 1. Juni 2022 dem gleichen Trend gefolgt wären wie die französischen Benzinpreise. In Frankreich sind die Preise seitdem ebenfalls gestiegen, aber die Steuern wurden dort zum 1. Juni nicht verändert.

<https://www.ifo.de/pressemitteilung/2022-06-14/oelkonzerne-geben-tankrabatt-zu-85-bis-100-prozent-weiter>

Der ADAC rechnet allerdings anders.

welt.de berichtet Mitte Juni 22

(...) „Der Tankrabatt ist nur teilweise beim Verbraucher angekommen. Beim Benzin ergeben unsere Berechnungen noch ein Absenkungspotenzial von mindestens 25 Cent je Liter“, sagte Jürgen Albrecht, Kraftstoffmarktexperte beim ADAC, im WELT-Gespräch. Die Preise für Benzin und Diesel hätten sich auf eine Art und Weise von den Rohölpreisen und der Währungsrelation zwischen Dollar und Euro entkoppelt, wie er es in den vergangenen Jahrzehnten nicht gesehen habe. (...)

Die Kritik des Automobilclubs richtet sich gegen das Geschäftsgebaren der integrierten Ölgesellschaften, die an allen Stellen des Geschäfts von der Ölförderung über die Verarbeitung bis hin zu den Tankstellen beteiligt sind. „An den Raffinerien haben sich die Margen seit Jahresanfang verfünffacht. Dort arbeiten die Ölgesellschaften derzeit mit exorbitant hohen Gewinnmargen“, sagte Albrecht. Es sei daher dringend angeraten, dass das Bundeskartellamt die vorgelagerten Wertschöpfungsstufen im Kraftstoffgeschäft untersuche. (...)

<https://www.welt.de/wirtschaft/article239596207/Tankrabatt-verbilligt-laut-Statistischem-Bundesamt-Benzin-ADAC-widerspricht.html>

Flop oder nicht ?

Nicht geklärt ist also, ob die Ölmultis nun den Rabatt weitergegeben haben – ganz, teilweise oder überhaupt nicht. Die Maßnahmen des Wirtschaftsministers wurden nicht durchgeführt. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) fand die Aktion Tankrabatt durchaus erfolgreich. Fortsetzen möchte er sie allerdings nicht, denn „Wir können nicht auf Dauer gestiegene Preise für das importierte Öl, die Entwicklung des Dollar und die Knappheiten bei Raffinerien mit Staatsgeld ausgleichen“.

Übrig bleiben die sehr allgemein gehaltenen Feststellungen der Monopolkommission und des Wirtschaftsministeriums, dass es auf dem Ölmarkt Wettbewerbsprobleme gebe.

Am 5.7. berichtet das *Handelsblatt*

Ein Beratergremium der Bundesregierung sieht auf dem Ölmarkt grundsätzliche Wettbewerbsprobleme. Diese seien schon vor der aktuellen Energiekrise und der Einführung des Tankrabatts deutlich gewesen, sagte der Vorsitzende der Monopolkommission, Jürgen Kühling, am Dienstag. Je mehr Algorithmen zum Einsatz kämen, desto mehr stiegen die Preise. In welcher Höhe der aktuelle Tankrabatt an die Bürger weitergegeben worden sei, müsse weiter untersucht werden.

Auch Wirtschaftsstaatssekretär Sven Giegold betonte, die Wirkung der Energiesteuersenkung lasse sich noch nicht abschließend bewerten. Man wolle sich nicht nur anschauen, ob die Steuersenkung weitergegeben worden sei, sondern auch welche Gewinnmargen die Konzerne gemacht hätten. (...)

<https://www.handelsblatt.com/dpa/wirtschaft-monopolkommission-sieht-wettbewerbsprobleme-auf-oelmarkt/28481398.html>

Das Schlusswort hat der Wirtschaftsminister im Interview mit dem Kölner Stadtanzeiger:

(Stadtanzeiger): *Würden Sie sagen, der Tankrabatt war ein Robrrepierer?*

(Wirtschaftsminister Robert Habeck): Er hat zumindest nicht so funktioniert, wie er sollte.

Kölner Stadtanzeiger 16.7.2022